FlüchtlingsRAT NRW e.V.

Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen e.V.
Bochum, 16.11.2026
Pressemitteilung 10/2026

Afghanistan: Keine Abschiebungen in staatliche Unterdrückung

Breites Bündnis in NRW fordert die Landesregierung auf, aufgrund der Menschenrechtsverletzungen keine Abschiebungen nach Afghanistan zu vollziehen

Ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter der Flüchtlingsrat NRW, setzt sich für einen Verzicht auf Abschiebungen nach Afghanistan ein. In einem gemeinsamen Positionspapier verweisen die Bündnispartnerinnen auf die dramatisch verschlechterte Sicherheits- und Menschenrechtslage sowie die schwere humanitäre Krise im Land. Zu den mitzeichnenden Organisationen zählen u. a. die Freie Wohlfahrtspflege NRW, Amnesty International, die evangelischen Landeskirchen in NRW und der Landesintegrationsrat NRW.

„Seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 haben internationale Menschenrechtsorganisationen weit verbreitete und umfassende Menschenrechtsverletzungen dokumentiert“, erklärt Kirsten Schwenke, Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege NRW. „Berichtet wird unter anderem über willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, Folter, Sklaverei und andere schwere Formen der Misshandlung. Die Taliban haben diese Menschenrechtsverletzungen nicht nur normalisiert, sondern auch gesetzlich verankert.“

Die Bündnispartnerinnen kritisieren zudem die direkte und indirekte Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Taliban-Regime zur Durchsetzung von Abschiebungen. Diese Zusammenarbeit untergrabe die internationale Ächtung des Regimes und die politische Isolation durch westliche Staaten, mit der die Einhaltung der Menschenrechte erzwungen werden soll.

„Eine verantwortungsvolle Migrationspolitik setzt die Achtung der Menschenrechte und damit die Achtung der Rechte jedes Menschen voraus. Jede Abschiebung nach Afghanistan, ein Land, in dem die Taliban Menschenrechte mit Füßen treten, widerspricht diesem Grundsatz in eklatanter Weise“, sagt Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW.

Die Organisationen appellieren an die NRW-Landesregierung, angesichts der dokumentierten Menschenrechtsverletzungen und der humanitären Not keine Abschiebungen nach Afghanistan zu vollziehen.

Für Rückfragen stehen wir unter der angegebenen Telefonnummer zur Verfügung.
Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen e.V.

Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW e. V.

Kortumstraße 63
D-44787 Bochum
Tel.: 0234/5873156
Fax: 0234/58731575
info@frnrw.de
www.frnrw.de

Bankverbindung

SozialBank AG, Köln
IBAN:
DE83370205000008054100
BIC: BFSWDE33XXX

Gefördert durch: Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen